

Das gute Leben in Greifswald

Die letzten 5 Jahre waren geprägt von Krisen, der Inflation und Kriegen. Von diesen Herausforderungen lassen wir uns jedoch nicht lähmen, sondern gehen positiv in die Zukunft. Als LINKE haben wir uns der Sicherung des Friedens, der Bekämpfung der Klimakrise und dem Kampf für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe in all ihren Facetten verschrieben.

Unser Ziel ist es, dass Greifswald eine Stadt wird, in der alle Menschen gut leben können. Dabei zeichnet unser Wahlprogramm unsere Ideen für Greifswald in den kommenden 5 Jahren.

1. Soziales

1.1 Als Linke stehen wir an der Seite der Menschen. Um Armut zu bekämpfen, fordern wir, dass...

- der Kultur- und Sozialpass ausgeweitet und verbessert wird, um auch Menschen mit geringen Einkommen eine Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Stadt zu ermöglichen.
- die städtische Finanzierung unserer Greifswalder Tafel beibehalten und ausgebaut wird.
- das Tariftreue- und Vergabegesetz für städtische Unternehmen, Tochterfirmen und Vertragspartner*innen durchgesetzt wird. Das Land hat Anfang des Jahres das TTVG beschlossen. Für uns ist klar: Wer für die Stadt arbeitet oder Verträge mit ihr abschließt, muss einen guten Tariflohn zahlen.
- die WVG Wohnungs- und Obdachlosen durch Wohnungsvermittlung den Weg zurück zu einer sicheren und stabilen Existenz ermöglicht. Die Grundlage der sozialen Existenz ist eine Wohnung mit Adresse. Im Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit gilt für uns: Housing first!

1.2 Um die gute Versorgung unserer Einwohner*innen zu sichern, fordern wir...

- eine wohnortnahe medizinische Versorgung und Pflege sowie die Schaffung von sozialen Begegnungsräumen, Einkaufsmöglichkeiten und Zugang zu Geldautomaten für alle Greifswalder*innen. Besonders in Schönwalde I und II und dem Ostseevierviertel haben sich in der Versorgung große Lücken aufgetan, die es zu schließen gilt.
- die Einrichtung eines personalfreien 24-Stunden-Ladens in Ladebow, um dort die Versorgungslage zu verbessern.
- die Wiedereinführung eines Familien-TÜV, der Beschlüsse der Politik auf Familienfreundlichkeit prüft. Diese Einrichtung muss für alle Beschlussvorlagen und Anträge, die die Bürgerschaft behandelt, integriert werden.
- dass Begegnungsräume dort, wo sie bestehen, auch genutzt werden können – etwa indem die Öffnung von Tagungsräumen und Stadtteilbüros für Vereine und Privatpersonen vereinfacht wird.

1.3 Inklusion und Barrierefreiheit sind für uns von großer Bedeutung. Daher wollen wir...

- die Quartiersmanager*innen bei ihrer guten Arbeit zum barrierefreien Umbau der Stadt auch weiterhin engagiert unterstützen.
- 45 • dass Toiletten, Bänke, Mülleimer, Sitzgruppen und WLAN immer in Reichweite sind. Das ist für alle angenehm, für viele notwendig.
- uns gegen jede defensive Architektur im Stadtbild einsetzen.
- dass mehr öffentliche Mülleimer mit Körben für Pfandflaschen versehen werden, damit sie leicht eingesammelt werden können.
- 50 • dass alle städtischen Einrichtungen mit Treppengeländern ausgestattet werden und auch mit dem Rollstuhl erreichbar sind.
- das Konzept der Stillen Stunde auf weitere Supermärkte ausweiten. Der Rewe-Markt am Südbahnhof hat bereits gute Erfolge hiermit gemacht. Für viele sensible und introvertierte Menschen ist der Lärmpegel im Supermarkt und die Interaktion mit dem Kassenspersonal beim täglichen Einkaufen eine gewaltige Hürde, der so Abhilfe verschafft wird.
- 55 • die Stärkung der Rechte und Pflichten der*des Greifswalder Behindertenbeauftragten und der AG Barrierefreie Stadt, indem wir aus ihnen einen Behindertenbeirat mit Rede- und Antragsrecht formen.
- 60 • die finanzielle Absicherung und Förderung inklusiver Begegnungsmöglichkeiten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie zum Beispiel Freizeit, Bildung, Arbeit und Beratung.
- Ampeln, die für Menschen mit Sehbehinderungen funktionieren.
- 65 • die Ansiedlung von Inklusionsunternehmen, die mindestens 30% ihrer Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzen. Dabei darf eine Behinderung kein Anlass für Lohndumping sein.

1.4 Um unsere Senior*innen zu unterstützen, fordern wir,

- dass das beschlossene seniorenpolitische Programm konsequent umgesetzt wird.
- 70 • dass Wohnungsbauunternehmen und private Vermieter*innen in die Verantwortung genommen werden, altersgerechtes und barrierefreies Wohnen zu ermöglichen.
- dass alternative Wohnformen, z.B. Senior*innen-Wohngemeinschaften oder generationsübergreifendes Wohnen, gefördert werden.
- 75 • dass eine Stelle für eine*n hauptamtlichen Senior*innenbeauftragten geschaffen wird.
- den ermäßigten Zugang von Senior*innen zu Kultur, Sport oder Ähnlichem über den Kultur- und Sozialpass.

1.5 Um eine verbesserte Versorgung an medizinischer Betreuung und Pflege zu gewährleisten, fordern wir...

- 80 • eine flächendeckende Versorgung durch Hausärzt*innen, aber auch bei Fachärzt*innen, ambulanten und wohnortnahen Pflegediensten, Physiotherapeut*innen und Psycholog*innen. Für die Vermittlung verfolgen wir die Idee eines Ärzt*innenleitsystems.

- 85 • eine weitergehende Unterstützung der SoPHi und die Schaffung weiterer kombinierter Unterstützungsangebote.
- die Umsetzung einer wissenschaftlichen und sachlich aufgeklärten Drogenpolitik, bei der Konsument*innen von Drogen entkriminalisiert werden.
- 90 • die Einrichtung einer kommunalen Anlaufstelle für Drug-Checking und Drogenkonsumräume als Elemente eines Drogenhilfesystems.
- die ausreichende finanzielle Ausstattung freier Träger durch die Stadt. Diese können Angebote für die Drogen-, Sucht-, Ehe- und Familienberatung schaffen.
- die Förderung der Einrichtung von Cannabis Social Clubs oder Abgabestellen von Marihuana, abhängig von entsprechender Bundesgesetzgebung.
- 95 • dass weltanschaulich neutrale Familienberatungen angeboten werden.
- dass wir als Stadt ins Gespräch mit der Universitätsmedizin treten, um zu erreichen, dass Schwangerschaftsabbrüche dort wieder gelehrt und durchgeführt werden.

100 **2. Wohnen**

Wohnungen sind heute knapp in Greifswald, besonders bezahlbare. Hier haben wir mit der Mietpreisbremse und der abgesenkten Kappungsgrenze schon Einiges erreicht. Diese müssen weitergeführt werden. Wir möchten, dass Greifswald eine bewohnbare Stadt für alle wird. Wir fordern eine kommunale Wohnungsbauförderstrategie, die 105 soziale, bezahlbare und nachhaltige Ziele in den Vordergrund stellt. Wir sehen aber auch Bund und Land in der Verantwortung, sich für dringend notwendigen Wohnungsbau zu engagieren.

2.1 Für Mieter*innen fordern wir:

- sozialverträgliche Preise bei Neuvermietungen.
- 110 • die Sicherung sozialer Mieten im Bestand.
- die rechtliche Begrenzung der Miethöhe.

2.2 Um ein sozial sicheres Wohnen zu garantieren, fordern wir,

- die aktuellen Sätze der Unterkunftskosten für Empfänger*innen von Bürgergeld daraufhin zu überprüfen, ob sie für Greifswald bedarfsgerecht sind.
- 115 • Heizungs-, Warmwasser- und Stromabstellungen zu verbieten.
- städtische Flächen nicht zu verkaufen, nur zu verpachten. Kommunaler Wohnungsbestand darf nicht privatisiert werden, stattdessen müssen Rückkäufe angestrebt werden.
- dass bei neuen Bauvorhaben eine 20%-Quote für den sozialen Wohnungsbau berücksichtigt wird.
- 120 • dass Wohnungen für Menschen vorgehalten werden, denen ansonsten die Wohnungslosigkeit droht.

2.3 Im Bereich Bauen und Sanieren fordern wir...

- die Bereitstellung von mehr städtischem Grund für den Bau neuer Sozialwohnungen (in Baueinheit mit anderen Preiskategorien).
- 125 • altersgerechte, bedarfsgerechte, klimagerechte Sanierungen.
- den priorisierten Bau von Mehrfamilienhäusern vor Eigenheimen.

- dass die Unternehmensgewinne der stadteigenen WVG überwiegend für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum genutzt werden.

130 **2.4 Um das Wohnen vielfältig zu gestalten, fordern wir...**

- die Unterstützung alternativer Wohnprojekte, etwa des Mietshäusersyndikats. Insgesamt soll die Neugründung von genossenschaftlichen und ähnlichen Wohnformen durch rechtliche Beratung oder auch durch Bereitstellung geeigneter Objekte seitens der Stadt unterstützt werden.
- 135 • den Erhalt kultureller und sozialer Treffpunkte für alle Generationen in allen Stadtteilen (z.B. SchwalBe, Haus der Begegnung, Sophii, Kiek Inn, StraZe, klex, Takt, St. Spiritus).
- den Erhalt von Mehrgenerationenhäusern (Bürgerhafen, Aktion Sonnenschein).
- die Ausweitung des Instruments der Quartiersmanager*innen.
- 140 • eine gesunde Durchmischung der Stadtteile. Diese beugt Wohlstandswüsten und sozial abgehängten Vierteln vor und stärkt den sozialen Zusammenhalt und das Miteinander.
- dass gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften zielgerichtet und bedarfsdeckend barrierefreier und familientauglicher Wohnraum gefördert und
- 145 geschaffen wird.
- dass die Stadt Greifswald eine Informationsstelle „Barrierefreies Wohnen“ einrichtet.
- dass die dauerhafte Umnutzung von Wohnraum für touristische Zwecke verboten wird.

150

3. Mobilität

Es gibt viele Gründe, eine umfassende und barrierefreie Mobilität zu fördern:

Klimaschutz, Lärmreduktion, demographische Entwicklung, die Sicherheit im Straßenverkehr, höhere Flexibilität im Arbeitsleben, eine gestiegene Aktivität im Alter, überhaupt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilität bedeutet
155 Lebensqualität; wir wollen allen ermöglichen, ohne hohe Kosten und natürlich umweltfreundlich von A nach B zu kommen. Deswegen streiten wir für eine kommunale Verkehrswende.

3.1 Für den ÖPNV wollen wir...

- 160 • das Deutschlandticket und Landesticket sinnvoll in unsere städtische Verkehrsplanung einarbeiten. Das Deutschlandticket war ein gewaltiger Schritt für den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln deutschlandweit. Wir sagen dem Bund klar: Es muss unbedingt erhalten werden.
- voranbringen, dass sich die Verbände zur Koordination mit kreis- und landesweiten Buslinien und der Bahn absprechen. Verknüpfungen und Umsteigezeiten müssen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.
- 165 • erreichen, dass Greifswalder*innen den ÖPNV perspektivisch kostenlos nutzen können. Wir wollen schrittweise Auszubildenden, Studierenden und Senior*innen einen kostenfreien Zugang zu den Bussen der Stadt ermöglichen.
- 170 Schüler*innen fahren kreisweit mit dem VG-Ticket bereits kostenlos.

- dass alle Bushaltestellen in Greifswald schrittweise barrierefrei umgebaut werden. Noch viel zu viele Bushaltestellen stellen ein Problem für Kinder, Menschen mit Behinderung und mit Kinderwagen dar. Auch die Busse müssen barrierefrei zugänglich sein.
- das Rufbussystem "Friedrich", das wir miteingerichtet haben, beibehalten und, wo es sich anbietet, erweitern.
- dass Riems, Ladebow und Wieck von den städtischen Verkehrsbetrieben mitbetreut werden. Greifswald endet nicht an der Ladebower Chaussee.
- dass eine Zuganbindung von Greifswald nach Lubmin verfolgt wird.
- dass digitale Fahrkarten für alle zugänglich und günstig sind.
- die digitalen Anzeigen an Bushaltestellen ausbauen - damit man immer weiß, wann der nächste Bus fährt.
- die Greifswalder Busflotte, den ZOB, den Busplatz am Südbahnhof und perspektivisch alle Haltestellen umfassend mit kostenfreiem WLAN ausstatten.
- dass jedes Wartehäuschen an einer Bushaltestelle überdacht ist.
- dass ein Kombi-Ticket „Park&Ride+ÖPNV“ eingeführt wird.

3.2 Für die Autofahrer*innen wollen wir...

- die Situation auf den Straßen und hinsichtlich der Parkplätze entspannen. Das funktioniert am besten über mehr Busse und Radwege. Eine menschenfreundliche Verkehrspolitik hilft allen.
- ein Parken in der Innenstadt nur für Anwohner*innen. Zugeparkte Straßen und Kreuzungen erhöhen die Unfallgefahr und behindern Menschen mit Kinderwagen, Rollstuhl oder sonstigen Einschränkungen. Das Hauptgewicht der Parklast soll das kommende Parkhaus am Nexö-Platz tragen.
- das Carsharing in Greifswald ausbauen. E-Roller sind für viele Menschen eine beliebte Alternative zu herkömmlichen Mobilitätsformen - allerdings muss ihre Nutzung, besonders das Abstellen, klar reguliert sein.
- die Lücke in der Ortsumgehung zwischen Wolgaster und Anklamer Straße schließen, um Eldena zu entlasten. Das Naturschutzgebiet darf durch dieses Projekt nicht gefährdet werden.
- dass innerorts weitläufig Tempo 30 gilt. Das verringert Straßenlärm, Unfallgefahr und -schwere und sichert einen entspannt fließenden Verkehr. Die Innenstadt muss bis auf Anliegerverkehr und Lieferfahrzeuge schrittweise autofrei werden.
- dass ausreichend Parkplätze in unmittelbarer Nähe zu Bussen außerhalb der Innenstadt geschaffen werden.

3.3 Um das Vorankommen auf dem Fahrrad und zu Fuß zu erleichtern, wollen wir...

- uns weiterhin für eine Diagonalquerung der Europakreuzung für Fahrradfahrer*innen einsetzen.
- kluge Ampeln, etwa nach dem Amsterdamer Modell etablieren und, wo möglich, Rad- und Gehwege durch physische Elemente von den Straßen trennen. Hier gilt das Prinzip: Physik funktioniert besser als Farben. Alle müssen sicher durch die Stadt kommen!

- dass der geplante Fahrradring in der Innenstadt umgesetzt wird. Wir wollen darüber hinaus weitere abgetrennte Fahrradstraßen einrichten, die alle wichtigen Punkte der Stadt verbinden.
- 220 • eine barrierearme Infrastruktur schaffen. Das bedeutet durchgehende, intakte Fußwege mit niedrigen Bordsteinen. Besonders Schönwalde hat hier noch Aufholbedarf.
- eine Stadt, in der Fußgänger*innen sicher überallhin kommen. Hierfür braucht es Straßenformen, die das ermöglichen, aber auch sinnvoll eingerichtete Fußgängerüberwege und Zebrastreifen.
- 225 • verkehrssichere Straßenübergänge insbesondere vor Kindergärten, Schulen, Behörden und Sozialeinrichtungen, z.B. durch Verkehrsinseln und Bodenschwellen.
- Fußgängerzonen ausbauen. Diese beleben den lokalen Handel, die Gastronomie, den Tourismus und laden zum Verweilen ein.
- 230 • sichere Fahrradparkplätze in der ganzen Stadt bauen. So stärken wir Umweltschutz, Straßensicherheit und das lokale Einkaufen.
- das Angebot und die Struktur an Fahrradstationen und von Greifswaldrad als effektive Alternativen zu Auto und E-Roller noch weiter ausbauen.
- zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die den Radverkehr fördern, unterstützen.
- 235

4. Umwelt- und Energiepolitik, Naturschutz

Die Klimakrise ist auf allen Ebenen eine der größten politischen Herausforderungen auf kommunaler Ebene. Jede große Vision einer besseren, ökologischen Welt muss auch auf der kleinsten Ebene umgesetzt werden. Mit der Checkliste zur „Klimarelevanz“ von

240 Beschlüssen auf städtischer Ebene haben wir einen guten Anfang gemacht. Das allein kann allerdings nicht reichen!

4.1 Für die Versorgung unserer Einwohner*innen fordern wir...

- eine Weiterführung der kohle- und atomstromfreien Energieversorgung und der Kraft-Wärme-Kopplung.
- 245 • die Ausfinanzierung der Stadtwerke als Garant stabiler Versorgung.
- die Unterstützung lokaler Landwirt*innen mit hohen Qualitätsstandards. Wir setzen auf die Förderung regionaler, genossenschaftlich organisierter Erzeuger*innengemeinschaften und von Selbstversorgungsstrukturen wie der solidarischen Landwirtschaft, auf dezentrale Verarbeitungskapazitäten und Eigenvermarktungsstrukturen.
- 250 • vielfältige Eigentumsstrukturen in der Landwirtschaft. Wir wollen verhindern, dass immer mehr große Investoren und Konzerne das Allgemeingut Boden aufkaufen und in ihren Händen konzentrieren. Die Politik muss sich mit Landwirten und Agrarinitiativen abstimmen.
- 255 • dass beim Wassermanagement Abwasserentsorgung, Hochwasserschutz, Speicherkapazitäten und Regenentwässerung zusammen gedacht werden.

4.2 Für ein grünes und nachhaltiges Greifswald fordern wir,

- dass das Greifswalder Klimaschutzkonzept unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickelt wird.

- 260 • dass alle Fahrzeuge, die die Stadtverwaltung neu beschafft, mit Elektromotoren ausgestattet sind.
- wildbienenfreundliche Blühwiesen auf städtischen Grünflächen.
- das Anbauen von Nutzpflanzen auf öffentlichen Grünflächen nach dem Prinzip der "essbaren Stadt" und die Einrichtung von Stadttealgärten.
- 265 • Mehrwegbecher und -teller sowie abbaubare Verpackungen für Stadtveranstaltungen.
- dass städtische Immobilien mit Solaranlagen ausgestattet werden.
- dass Abfallvermeidungskonzepte gefördert werden.

4.3 Für ein tierfreundliches Greifswald fordern wir...

- 270 • die Durchsetzung von Schutzzonen für Tiere und sensible Einrichtungen bei Feuerwerk zu Silvester.
- ein zentral organisiertes Feuerwerk statt privatem Böllern.
- dass in allen Stadtteilen „Hundekotmülleimer“ und dazugehörige Beutel zur Verfügung gestellt werden.
- 275 • dass die Errichtung und Betreuung von Taubenhäusern vorangetrieben wird, damit Tiere nicht von Taubenverdrängungsmitteln verletzt werden.

5. Flächen- und Bebauungspolitik

Wir wollen Greifswald als "Stadt der kurzen Wege" erhalten und attraktiver machen.

- 280 In der Bebauungspolitik müssen die Einwohner*innen konsequent einbezogen werden. Uns ist wichtig, dass Freiflächen erhalten bleiben und Versiegelung im besten Fall verhindert, in jeden Fall aber aufgewogen wird. Es kommt auf eine ausgewogene Mischung unterschiedlicher Nutzungsformen an. Wir wollen Erwerb statt Verkauf, den Erhalt von Freiflächen für künftige Generationen und zum Nutzen aller anstatt einer
- 285 Bewirtschaftung zur Gewinnmaximierung.

5.1 Für die Flächenplanung fordern wir...

- eine mehrgeschossige Bebauung von Baulücken.
- einen Begrünungsplan für städtische Gebäude.
- 290 • den Bau von Nullemissionshäusern, wo es technisch machbar und wirtschaftlich plausibel ist.
- keine Halbtagswüsten: Städtische Flächen wie Schulhöfe oder Spielplätze müssen ganztägig öffentlich benutzbar sein. Schönwalde I geht hier bereits mit gutem Beispiel voran.
- 295 • dass öffentliche Plätze und Treffpunkte zum Verweilen einladen, weil sie mit Bänken, Tischen und ausreichend Mülleimern sowie mit intelligenter Beleuchtung für die Nacht ausgestattet sind.

5.2 In Bezug auf das städtische Grün wollen wir...

- die Prüfung von Grünflächen auf ökologischen, klimatischen und sozialen Wert für das jeweilige Stadtviertel.
- 300 • den Erhalt der Grünfläche am Museumshafen als Erholungs- und Freizeitort ohne Konsumzwang für alle.

5.3 In der Lichtplanung wollen wir...

- insektenfreundliche LED bei der Straßenbeleuchtung und vogelschlagsichere Scheiben bei städtischen Gebäuden.
- 305 • nachts noch Sterne sehen können: Bei der städtischen Beleuchtung muss die Lichtverschmutzung reduziert werden, jedoch nicht auf Kosten der Sicherheit der Wege.

6. Bürger*innenbeteiligung

310 Greifswald lebt von Austausch und Mitbestimmung. Um allen Einwohner*innen die Chance zu geben, ihre Hansestadt mitzugestalten, werden wir:

- OTVen stärken, Budgets sichern und die Einbringungsmöglichkeiten der Einwohner*innen verbessern.
- 315 • den Kinder- und Jugendbeirat, Senior*innenbeirat und den Migrant*innenbeirat noch besser einbinden. Zusätzlich zum Vorschlagsrecht der Beiräte wollen wir ein Entscheidungsrecht einführen.
- die Neubildung eines Frauenbeirates unterstützen.
- die Bildung von Arbeitsgemeinschaften ankurbeln. Die bestehenden AGn wollen wir erhalten, stärken und das Engagement in ihnen fördern; Kreis und Land müssen dafür die gesetzlichen Grundlagen schaffen.
- 320 • den Stadtsportbund, das Behindertenforum, die Elternräte und Kleingartenverbände in die sie betreffenden Planungen und Entscheidungsfindungsprozesse einbeziehen.
- 325 • dem Portal "Klarschiff" mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen. Es gibt Einwohner*innen die Möglichkeit, auf Missstände in der Stadt aufmerksam zu machen, und Verbesserungsvorschläge einzubringen.
- das Instrument des Quartiersmanagements unterstützen und erweitern. Nach der gelungenen Einführung leisten die Quartiersräte gute Arbeit.
- 330 • OTVen und andere Mitwirkungskonzepte bekannter zu machen. Die Greifswalder*innen müssen wissen, wie und wo sie mitbestimmen können.
- Einwohner*innen bei der Planung von Projekten, der Erarbeitung von B-Plänen und Satzungen miteinbeziehen und ihre Erfahrungen und Ansichten einbringen lassen.
- 335 • das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz in unseren Entscheidungsfindungen einbeziehen und umsetzen. Der Landtag hat eine gute Grundlage für die Einrichtung von Jugendbeteiligung in den kommunalen Gremien geschaffen.

7. Ortsteile

340 Wir lieben unseren Museumshafen, sind stolz auf die vielen Tourist*innen, die sich von unserer Innenstadt verzaubern lassen, und wir lieben das Treiben auf unseren Stadtfesten mit ihrer überregionalen Anziehungskraft. Dennoch: Greifswald ist mehr als der Marktplatz und die Wiecker Brücke. Wir setzen uns für ein ganzheitliches Quartiersmanagement ein, das die Besonderheiten der Stadtteile berücksichtigt und das Beste aus ihnen herausholt. Wir fördern die Zusammenarbeit mit Ortsteilvertretungen, um Stadtteile nach den Vorstellungen der vor Ort Lebenden zu gestalten. Konkret fordern wir, dass...

345

- 350 • gutbezahlte hauptamtliche Quartierskoordinator*innen in allen Stadtteilen Greifswalds etabliert werden.
- die Infrastruktur außerhalb des Stadtzentrums ausgebaut wird, beispielsweise durch Einkaufsmöglichkeiten, Betreuungseinrichtungen, Kultur- und Freizeitangebote und Bankautomaten.
- 355 • die Belebung von Einkaufszentren wie dem Schönwalde-Center unterstützt wird, damit dort wieder eine Bäckerei, ein Blumenladen und ein Café einzieht, welches den Menschen im Stadtteil auch am Wochenende einen Ort der Begegnung bietet.
- Stadtteilzentren und -bibliotheken durch die Stadtverwaltung etabliert, erhalten und gefördert werden.
- 360 • Landesprogramme wie "Zukunft Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern" verstetigt und ausgeweitet werden.

8. Antifaschismus, Akzeptanz und Frieden

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen heißt es:

- 365 „*Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren*". Diesen Grundsatz verteidigen wir gegen fremdenfeindliche Tendenzen. Rassismus, Antisemitismus, Hass und Gewaltbereitschaft dürfen keinen Platz in unserer Stadt haben. Mit Rassist*innen, Antisemit*innen oder Neofaschist*innen darf es keine Zusammenarbeit geben. In Greifswald, wie überall, muss ein jeder Mensch ein gutes und sicheres Leben führen können - frei von Armut, Ausgrenzung und Angst!
- 370

8.1 Bildung und Prävention

Wir wissen: Die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft, die alle ihre Mitglieder akzeptiert, müssen schon von klein auf und auf allen Ebenen der Gesellschaft geschaffen werden. Deswegen setzen wir uns ein für:

375

- die Unterstützung aktiver demokratischer Gruppen in Greifswald in ihrer politischen Arbeit.
- die Schaffung von öffentlichen und auf Schulen abgestimmten Angeboten antifaschistischer Jugendbildung.
- 380 • eine Antifaschismus- und Antirassismusklausel in der Geschäftsordnung der Bürgerschaft und der Hauptsatzung.
- die Unterstützung von unabhängigen Initiativen bei antifaschistischer und antirassistischer Arbeit durch die unbürokratische Bereitstellung von Räumen und finanziellen Mitteln.

385 Außerdem machen wir uns stark dafür, dass...

- Rassismus, Antisemitismus und Gewalt im Sport sowie in dessen Umfeld der Boden entzogen wird.
- offen rassistisch handelnden Organisationen keine kommunalen Räume zur Verfügung gestellt und deren Gemeinnützigkeit überprüft wird.

390 **8.2 Kulturelle Vielfalt und Begegnung**

Wir unterstützen kulturellen Austausch und gegenseitiges Kennenlernen - nur so kann eine solidarische Stadtgesellschaft funktionieren. Das bedeutet für uns:

- 395 • Projekte wie MOLE und Bürgerhafen und das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen.
- queere Sichtbarkeit zu stärken.
- die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie, der DemokraTische, und der Demokratiekonferenz zu fördern.
- 400 • die Unterstützung von Begegnungsmöglichkeiten mit Menschen aus unseren Partnerstädten auf allen Ebenen.
- ein Verbot von willkürlichen und anlasslosen Personenkontrollen. Solche Kontrollen treffen meist diejenigen, die nicht in die Norm passen.

8.3 Gedenkarbeit

405 Die Opfer des Faschismus und die Kämpfer*innen für Demokratie und Menschenrechte verdienen unseren Respekt und unsere aktive Erinnerungsarbeit - wir wollen ein Gedenken beleben, das zu antifaschistischem Engagement inspiriert und vor der Normalisierung faschistischen Gedankenguts warnt. Wir fordern:

- 410 • Zusätzlich zum Gedenken am 27. Januar muss die Stadt auch den Tag der Befreiung am 8. Mai und den Gedenktag für die Opfer des Faschismus begehen.
- Antifaschistische Kämpfer*innen dürfen nicht aus dem Stadtbild getilgt werden. Ein erster Ansatzpunkt ist das Wiederanbringen einer Plakette am Postgebäude, die der Widerstandskämpferin und Postarbeiterin Auguste Böllnow gedenkt.
- 415 • dass sich die Stadt dafür einsetzt, dass alle Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus als solche anerkannt und rehabilitiert werden und ein angemessenes und würdiges Gedenken ermöglicht und gefördert wird.
- dass den Opfern der „Baseballschlägerjahre“ ein städtisches Gedenken zuteilwird.
- 420 • dass mehr öffentliche Bezugspunkte für eine antifaschistische Gedenkkultur in den Stadtteilen geschaffen werden.

8.4 Für ein friedliches Zusammenleben in Greifswald und auf der ganzen Welt fordern wir, dass...

- 425 • die Stadt Greifswald internationale Friedensinitiativen durch geeignete öffentliche Aktionen fördert, insbesondere durch die Unterstützung der Initiativen „Städte gegen den Atomkrieg“ und „Mayors for Peace“.
- die Stadt Greifswald die Aufnahme von Verhandlungen zur Abschaffung von Nuklearwaffen unterstützt.
- die Stadt Greifswald mit der Universität in den Dialog tritt, um eine Zivilklausel zu erreichen.
- 430 • sich die Stadt gegen weitere Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete und die ständige Erhöhung der Rüstungsausgaben ausspricht.

9. Migration

435 Auch in Greifswald gehört Rassismus leider noch für viele Menschen zum Alltag – das
betrifft Geflüchtete wie ausländische Wissenschaftler*innen, polnische Pendler*innen
wie Student*innen des Erasmus-Programms. Reale Notlagen, wie der angespannte
Wohnungsmarkt oder die Anzahl an KiTa-Plätzen dürfen nicht zur rassistischen Hetze
gegen Geflüchtete genutzt werden. Wir wollen eine solidarische Stadtgemeinschaft als
440 Schutzraum für Geflüchtete, die die Herausforderungen erkennt, ernst nimmt und
gemeinsam meistert.

9.1 Flucht und Wohnen/Unterbringung

Als LINKE stellen wir uns entschieden gegen eine rassistische "Das-Boot-ist-voll-
Rhetorik"! Die Nöte der Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden,
sondern müssen zusammen bekämpft werden. Wir fordern:

445

- die möglichst dezentrale Unterbringung aller Geflüchteten. Dort, wo es kurzfristig notwendig ist, sind wir für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mit nicht mehr als 100 Bewohnenden.
- Schutzkonzepte für Unterbringungseinrichtungen, organisiert durch die
- 450 Unterkünfte.
- eine flächendeckende Kinderbetreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

9.2 Behörden

Für die Integration spielen die Behörden als Ansprechpartner*innen und
Koordinator*innen eine zentrale Rolle. Hier fordern wir:

455

- die Umsetzung des Integrationskonzeptes des Kreises. Es muss gegebenenfalls aktualisiert werden – beides wollen wir kontrollieren, Integrationsbeauftragte daran beteiligen.
- mehrsprachiges Personal für Behörden und Jobcenter.
- 460 • die Übersetzung von Formularen in alle notwendigen Sprachen.
- ausreichend Dolmetscher*innen für Behördengänge.
- auf die Besonderheiten von Schutzsuchenden ausgebildetes Fachpersonal (z.B. Erkennen von Traumafolgesymptomen, Umgang mit Traumata).
- 465 • die Fortführung und finanzielle Förderung erfolgreicher Integrationsarbeit, zum Beispiel im "Welcome Center", den Begegnungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.
- den Eintritt der Stadt Greifswald in das "International Cities of Refugee Network" (ICORN).

9.3 Versorgung – psychologisch

470 Die traumatischen Erlebnisse von Schutzsuchenden müssen anerkannt werden. Die Verantwortlichen müssen mit ihnen umgehen. Konkret bedeutet das:

- Wir werden psychologische Anbindungsmöglichkeiten stärken, z.B. Gemeinsam für psychische Gesundheit und das Psychosoziale Zentrum.
- 475 • Wir unterstützen Geflüchtete dabei, Beratungsangebote zur aktiven Teilnahme an der Gesellschaft zu erhalten.

9.4 Versorgung – allgemein

Menschen, die in Greifswald bleiben, müssen die Gelegenheit haben, ein integrierter Teil der Stadtbevölkerung zu werden. Daher setzen wir uns dafür ein,

480

- Bildungs- und Sprachkursangebote auszubauen, um einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

485

- die Willkommenskultur auf dem Arbeitsmarkt zu stärken. Wir wollen die ansässigen Unternehmen bei der Anstellung Schutzsuchender unterstützen. So können die Unternehmen die Lücken in ihrem Personal füllen und Migrant*innen fühlen sich mit der Stadt verbunden.

490

- eine Förderung von Sprachmittler*innen für Arztpraxen zu erreichen. Schutzsuchende müssen Zugang zu gleichberechtigter medizinischer Versorgung haben.

- Migrant*innenselbstorganisationen zu fördern. Migrant*innen sprechen am besten für sich selber.

- dass auch Nicht-EU-Bürger*innen das kommunale Wahlrecht erhalten.

495

- dass kommunale Spielräume genutzt werden, um die Seenotretter*innen und die Geflüchteten zu unterstützen, in Greifswald insbesondere die Initiativen Sea Eye und die Sea Punks.

10. Feminismus und Gleichstellung

500

Insbesondere Frauen* stemmen nach wie vor den größten Teil der Fürsorgearbeit in unseren Familien und Pflegeeinrichtungen. Ihre Meinung, ihr Wissen und Engagement sind Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Und doch: noch immer sind Frauen* in der Politik und Wirtschaft unterrepräsentiert. Alle kommunalen Entscheidungsträger*innen müssen deshalb besonders darauf achten, dass Mädchen* und Frauen* in gleichem Maße mitentscheiden und gestalten.

505

In Greifswald hat sich eine lebendige queere Szene entwickelt. Eine queere Gemeinschaft vereint unter anderem lesbische, schwule, bisexuelle, Transgender- und intersexuelle Menschen. Jedes Jahr am Christopher Street Day feiern hunderte Menschen die Vielfaltigkeit unserer Stadt. Gleichzeitig mahnen sie aber auch an, dass nicht immer alle Menschen frei von Diskriminierung in Greifswald leben können. Wir fordern daher Offenheit für verschiedene Lebensentwürfe, das freie Ausleben der geschlechtlichen und sexuellen Identität und die Freiheit, nach Belieben zu lieben. Wir stehen für eine feministische Kommunalpolitik, die die Belange von FINTA* in den Vordergrund stellt. Konkret fordern wir:

510

- die Förderung und Einrichtung von Beratungsstellen zu den Themen Gleichstellung, sexuelle Identität und Orientierung, alternative Beziehungsformen und Lebensweisen, Coming-Out sowie Antidiskriminierung.

515

- eine Personalstelle für LSBTTIQ* in der Stadtverwaltung als zentralen Anlaufpunkt für die Community, die die Netzwerkarbeit zwischen Vereinen, Organisationen, Verwaltung und Einzelpersonen auch finanziell ermöglicht.

520

- Unisex-Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden der Stadtverwaltung.
- die Einführung einer geschlechtergerechten Sprache in allen verwaltungstechnischen Abläufen der Stadtverwaltung.

- eine Mindestquotierung für alle Ebenen der Verwaltung, Aufsichtsräte, Gremien und anderen kommunalen Einrichtungen.
- 525 • die Förderung von Frauen* in der Stadtverwaltung durch ein Mentor*innensystem und Weiterbildungsangebote.
- Angebote für Alleinerziehende innerhalb der Stadtverwaltung, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten, Eltern-Kind-Zimmer, Telearbeitsplätze.
- ein vergünstigtes, kommunal finanziertes Frauen*-Nachttaxi.
- 530 • die Verbannung sexistischer Werbung aus dem öffentlichen Raum.
- die Benennung von Straßen und Plätzen nach Frauen*.
- konfessionell neutrale Beratungsstellen für Schwangerschaftsabbrüche.
- Beratungsstellen für Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt.
- Meldestrukturen für unsichere Orte (z.B. über Klarschiff).
- 535 • die Ausweitung der Unterstützung des Frauenhauses, z.B. bei der Einstellung von Dolmetscher*innen.
- die Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten in allen städtischen Einrichtungen.

540 **11. Kinder-, Jugend- und Familienpolitik**

Wir wollen, dass junge Menschen hierbleiben können und wollen, dass Menschen, die in Greifswald ankommen hier Familien gründen und Kinder aufziehen möchten. Deswegen müssen allen Kindern und Jugendlichen Perspektiven offenstehen – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Ist der Start ins Leben schon nicht gleich, 545 sind alle weiteren Stationen ebenfalls unfair.

Der Bund ist in der Verantwortung, Kinderarmut zu bekämpfen. Die Kommune kann hier nur als Brandlöscherin agieren. In dieser Verantwortung sehen wir uns – besonders der Bildungsungerechtigkeit werden wir uns engagiert entgegenstellen.

Der Kreis steht in der Pflicht, sich um Kinder- und Jugendprojekte zu kümmern, statt 550 diese zu vernachlässigen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss angemessen personell und finanziell ausgestattet werden!

11.1 Bezüglich des Angebotes fordern wir:

- den Erhalt aller Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und der Schulsozialarbeit in Greifswald. Dazu gehören die 555 Jugendeinrichtungen Takt, Labyrinth, klex und der Jugendclub auf Riems sowie die Straßensozialarbeit.
- eine soziale und demokratische Teilhabe unserer Kinder und Jugendlichen am Leben unserer Stadt.
- die Selbstorganisation der Projekte und die Einbindung von Initiativen und 560 Kindern und Jugendlichen in die Entscheidungsprozesse.
- den Erhalt von Freiräumen, wo diese schon bestehen, die Neuschaffung, wo Bedarf besteht. Jugend braucht Freiräume!
- den Ausbau der Schulsozialarbeit, auch an den Schulen freier Trägerschaft. Ab 600 Schüler*innen braucht es zwei Schulsozialarbeiter*innen.
- 565 • die Einrichtung von Beratungs- und Hilfsangeboten, die den Bedarf der Kinder und Jugendlichen abdecken. Allerdings müssen wir vor allem Präventionsmaßnahmen anbieten.

- die Mitintegration geflüchteter Kinder und Jugendliche in allen Angeboten der Stadt. Kinder in stationären Wohnformen müssen gleichberechtigt teilhaben können und Zugang zu den Leistungen von Bildung und Teilhabe haben.
- interkulturell, demokratiefördernd und geschlechtersensibel ausgerichtete Angebote für Kinder und Jugendliche.
- attraktive Freizeitangebote für die Greifswalder Kinder und Jugendlichen - vom Skatepark bis zur Computerspielschule.
- einen Kinder- und Jugendbericht für Greifswald zu etablieren. Kinder und Jugendarbeit muss informiert arbeiten können!
- die Freigabe der Mittel für die Stelle der*des Kinderbeauftragte*n
- die vielfältige Trägerlandschaft in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten und auszubauen.
- die Umsetzung und Intensivierung der Beteiligung, unter anderem im Kinder- und Jugendbeirat.

11.2 Anerkennung

- Kinder und Jugendliche sind vollwertige Elemente unserer Stadtgesellschaft. Das muss sich in ihrer Einbindung in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse widerspiegeln.
- Kinder- und Jugendarbeit ist ein zentrales Element für eine gesunde Sozialisation der jüngeren Generationen. Diese Anerkennung muss sich durch Unterstützung auszeichnen. Die wichtige Kinder- und Jugendhilfe passiert viel zu häufig ohne angemessene Wertschätzung. Wir wollen die Akteur*innen und ihre Verdienste sichtbar machen. Dafür fordern wir...
- die Förderung einer selbstorganisierten, selbstverwalteten alternativen Jugendkultur. Das bedeutet Geld und Räume.
 - langfristige Verträge für Träger, Vereine und Initiativen. Stellen dürfen nicht befristet sein.
 - dass das klex saniert wird. Die dort angesiedelten Projekte müssen „Bestandsschutz“ haben.
 - eine dauerhafte Förderung der Jugend- und Schulsozialarbeit
 - dass sich die Stadt dafür einsetzt, die Landesmittel für die kommunale Jugendhilfe zu erhöhen und das Landesprogramm für die Schulsozialarbeit auszuweiten.
 - eine Erhöhung der Personalstellen für die Jugendhäuser Greifswalds.
 - Investitionen in die Infrastruktur, wie z.B. die Sanierung von Jugendhäusern und die Digitalisierung der Jugendhilfe.

12. Bildung und Schule

Wir wollen den Bildungsstandort Greifswald voranbringen. Eine gute Bildung nimmt alle mit und entwickelt die bestmöglichen Potentiale - unabhängig von sozialer Situation, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung. Dies beginnt schon in unseren Kindertagesstätten und endet im Sinne des Grundsatzes des lebenslangen Lernens nie.

12.1 Kita und Schule

Bei Bau, Instandhaltung und Sanierung von Bildungseinrichtungen reicht es nicht, auf Sicht zu fahren. Hier müssen wir weit vorausplanen. Besonders die

615 Schüler*innenzahlen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Vieles haben wir bereits geschafft: den nachhaltigen Neu- & Umbau der Käthe-Kollwitz-Schule, den Neubau der IGS Erwin Fischer, die Sanierung der Arndtschule bei laufendem Betrieb und den Neubau der Sporthalle an der Caspar-David Friedrich Realschule. Der Abriss und Neubau der Turnhallen 2 und 3 sind in Arbeit. Wir fordern:

620

- weiterhin den Bau einer Grundschule und Regionalen Schule in der Osnabrücker-Straße samt Sportplatz und Sporthalle.
- eine Umgestaltung des Humboldt-Gymnasiums, wenn nicht sogar einen Neubau.

625

- eine Ausstattung der Kitas, Horte und allgemeinbildenden Schulen mit allem Nötigen. Wo Bedarf besteht, wollen wir wohnortnahen Neubau betreiben.
- eine weitere Stärkung des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“. Das Schulzentrum, das schon jetzt inklusiv und erneuerbar beheizt geplant ist, wollen wir zeitnah fertigstellen.

630

- kein Werben fürs Sterben - Für uns ist klar: Die Bundeswehr, die die Perspektivlosigkeit in Ostdeutschland ausnutzt, um Menschen zum Töten und Sterben zu rekrutieren, hat an Schulen nichts zu suchen. Diese Erwartungshaltung tragen wir an alle städtischen Schulen.

- ein kostenloses Schulessen in ganz Greifswald.

635

- einen Essensgeldzuschuss und regionales Essen in Bioqualität auch für Kindergartenkinder.

- die Ausstattung unserer Schulen mit digitaler Technik entsprechend der Medienentwicklungspläne, die die Kolleg*innen erarbeitet haben, und eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Internetzugänge. Bei der Digitalisierung an unseren Schulen sind wir auf einem guten Weg, den wir fortsetzen wollen.

640

- den Bau von Spielplätzen unter Beteiligung von Kindern.
- die Vergabe von Kita-Plätzen nach einem für die Eltern transparenten Verfahren.

- die Beleuchtung von Spielplätzen im Spätherbst und im Winter nach Arbeitsschluss.

645

12.2 Für Uni und Studierende fordern wir,

- dass die Stadtgesellschaft der Universität in Auseinandersetzungen und Verhandlungen um ihre Finanzierung mit dem Land den Rücken stärkt - denn die Bedeutung der Universität für Greifswald ist immens. Leider ist auch sie in den letzten Jahren immer mehr in finanzielle Bedrängnis geraten.

650

- WGG und WVG zu animieren, mehr studentischen Wohnraum zu schaffen – denn die Wohnraumlage in Greifswald ist kritisch. Darunter leiden nicht zuletzt Student*innen. Wir engagieren uns, zu diesem Zweck Immobilien in kommunale Hand zu bringen. Auch für Auszubildende wollen wir die Möglichkeit einer Wohnheimstruktur schaffen.

655

13. Kunst, Kultur und Sport

13.1 Kunst und Kultur

Wir verstehen Kultur als Daseinsvorsorge durch die Kommune. Die Vielfalt der Kunst- und Kulturszene und des Vereinslebens in Greifswald muss für alle Menschen der Stadt zugänglich gemacht werden. Dafür benötigen Kulturarbeitende nicht nur ein hohes Maß an Anerkennung, sondern auch entsprechende Rahmenbedingungen.

Die Kulturwochen sind etabliert. Die städtischen Kultureinrichtungen wie St. Spiritus, Stadtbibliothek und Musikschule arbeiten gut. Freiräume für Streetart haben wir durch legale Graffitiwende erreicht.

Die Sanierung des Theaters Vorpommern ist in vollem Gange. Wir werden das Theater weiter unterstützen und den barrierefreien Umbau vorantreiben. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass...

- die Kooperation mit unseren polnischen Nachbar*innen noch enger gestaltet wird.
- kostenlos verfügbare Freiflächen für nicht kommerzielle Kulturveranstaltungen vom Konzert übers Freilufttheater bis zur Open-Air-Party zur Verfügung gestellt werden.
- allen Menschen in Greifswald der Zugang zu Kultur- sowie Sport- und Freizeitvereinen in Greifswald ermöglicht wird.
- minderjährige Jugendliche kostenlosen Zutritt zu allen städtischen Kultureinrichtungen erhalten.
- ein Sozialticket für das Theater Vorpommern angeboten wird.
- an der Außenwirkung des Theaters Vorpommern gearbeitet wird, indem Ideen für Kooperationen mit städtischen Vereinen, Verbänden und Initiativen gefunden werden und Ressourcen geteilt werden.
- die Stadtbibliothek im Sinne der digitalen Strategien der Kommunen mit einbezogen und zu einem modernen Begegnungsort weiterentwickelt wird.
- Orts- und Stadtteilstellen eine stärkere inhaltliche und finanzielle Unterstützung erfahren.
- die Kunstfreiheit wieder präsent wird, auch dadurch, dass der öffentliche Raum für gesellschaftskritische Kunstprojekte zur Verfügung gestellt wird.
- im Rahmen der Erschließung neuen Baugrunds die Kultur und damit auch die Club- und Jugendkultur von vornherein mitbedacht wird.
- Gebiete mit besonderen Regelungen für Emissionsschutz und Ordnung eingerichtet werden, um Kulturveranstaltungen zu fördern.
- bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken und Objekten eine Kulturquote verbindlich wirksam wird.
- die studentische Kultur in ihrer Vielfalt gefördert wird.

13.2 Sport

Wir wollen den inklusiven Sport in unserer Kommune stärken und dafür sorgen, dass Vereine und Verbände ihre Angebote ausbauen können. Ehrenamtliches Engagement braucht Unterstützung. Für uns steht der Amateur*innen- und Breitensport im Vordergrund. Jedem Kind und jedem Erwachsenen muss es möglich sein, kostenlos Sport zu treiben. Wir freuen uns aber auch über die Erfolge des GFC. Konkret wollen wir...

- 705 • die Eingliederung von Sportaktivitäten in den KUS-Pass, um so finanziell Benachteiligten beispielsweise den Besuch professioneller Sportveranstaltungen zu ermöglichen.
- den gleichberechtigten Zugang zu Sportstätten auch ohne Vereinszugehörigkeit ermöglichen und dabei für eine solidarische Vergabe der Nutzungszeiten von Turn- und Sporthallen für Kindergärten, Schulen und den Breitensport sorgen.
- 710 • die Unterstützung des Breiten- und Freizeitsportes sowie die zeitnahe Sanierung der noch ausstehenden städtischen Sportanlagen.
- eine bessere Unterstützung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Übungs- und Spielleiterinnen sämtlicher Sportarten.
- 715 • Schulsport und Vereinssport verknüpfen, die Arbeit der Hallenwarte unterstützen.
- besonders das Angebot und die Infrastruktur von Sport für Mädchen fördern. Hier können wir erfreulicherweise auf einem positiven Trend aufbauen.
- ein inklusives Sportangebot voranbringen.
- 720 • eine wohnortnahe Versorgung mit Sport- und Bewegungsanlagen, z.B. durch die Ausstattung von Grünflächen mit Fitness- und Sportgeräten (wie z.B. das Calisthenics-Projekt im Strandbad Eldena)
- die Übersicht der Planung und Entwicklung von Infrastruktur und Angeboten durch eine Arbeitsgemeinschaft aus Politik, Verwaltung, Stadtsportbund und Vereine.
- 725 • die Sanierung unserer Sporthallen und -plätze; an einigen Punkten ist ein Neubau angemessen.
- die besondere Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderungen bei diesen Sanierungen.
- 730 • finanzielle Sicherheit für die Sportvereine. Sie sind darauf angewiesen, dass unvermeidbare Steigerungen in den Nutzungsgebühren für sie planbar und gleichmäßig sind.
- eine bundesligataugliche Sportstätte für den GFC - wenn dieser nicht auf Kosten der anderen Sportarten geschieht.
- die weitere Evaluierung der kommunalen Sportentwicklungsplanung.
- 735 • dass die Teilnahmekosten auch an überregionalen Sport- und Wettkampfveranstaltungen für Sportler*innen übernommen werden, die es sich aus eigener Tasche nicht leisten können.
- den Anschluss jedes Schulstandortes an eine qualitativ hochwertige Schwimmstätte.
- 740 • eine Unterstützung des Landes für unseren hervorragenden Behindertensport.

14. Verwaltung

- Wir kämpfen für einen modernen Bürger*innenservice für beide Seiten. Das bedeutet:
- 745 Digitalisierung für die Junggebliebenen und Erreichbarkeit für alle, die sich den persönlichen Kontakt wünschen. Wir setzen uns für ausreichendes und geschultes Personal ein, das vor Ort helfen kann, für alle, die das erste Mal einen Antrag stellen, ob für die erste Wohnung oder die Fahrerlaubnis. Konkret fordern wir, dass...

- 750
 - mehr Personal in der Verwaltung eingestellt wird, vor allem in den kommunalen Serviceeinrichtungen.
 - Greifswald in der Tarifgemeinschaft des Bundes und der Kommunen verbleibt und keine weiteren Ämter und Fachbereiche mehr ausgegliedert werden.
 - niedrigschwellige Anträge erarbeitet werden, auch in einfacher Sprache.
- 755
 - Anträge und Verwaltungsverfahren digitalisiert werden.
 - die Öffnungszeiten für alle alltagstauglich gestaltet werden, zum Beispiel auch für Schichtarbeiter*innen.
 - eine individuelle Beratung und bürger*innenorientierte Betreuung installiert wird, der Verwaltung ausreichend sachliche und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel Computer, Dolmetscher*innen und Sozialarbeiter*innen.
- 760

15. Wirtschaft und Arbeit

- 765 Wir setzen uns für eine soziale, demokratische und moderne Stadt ein, die vorrangig die Bedürfnisse ihrer Menschen bedient und nicht Profit und Wachstum zum obersten Ziel ihres Handelns macht. Wir möchten eine Wirtschaftspolitik, die für alle Menschen gute Arbeit und gute Löhne sichert, Möglichkeiten der Beteiligung schafft, regionale Unternehmen und innovative Start-ups unterstützt und auf einen sozial-ökologischen
- 770 Wandel hinwirkt. Konkret fordern wir, dass...
 - die öffentlich geförderte Beschäftigung ausgebaut und dauerhaft gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze eingerichtet werden.
 - in kommunalen Eigenbetrieben unsichere Arbeitsbedingungen zurückgedrängt und die Bindung an Tarifverträge ausgebaut wird.
 - die Vergütung von Geschäftsführer*innen und Vorständen von Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, maximal das Zwanzigfache der untersten Entgeltgruppe betragen darf.
 - lokale Arbeitskämpfe in besonderem Maße unterstützt werden.
- 780
 - die Ausschreibung und Vergabe von öffentlichen Aufträgen an ökologische und soziale Kriterien gekoppelt wird.
 - bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vor allem sozial- und mitbestimmungsorientierte sowie tarifgebundene Unternehmen mit guten Ausbildungsplätzen bevorzugt werden.
- 785
 - eine zentrale Anlaufstelle für Kleinst- und Kleinunternehmer*innen sowie für Unternehmer*innen und Gründer*innen geschaffen wird.
 - die Sicherung und Förderung guter Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten in Handwerk, Industrie und Dienstleistungen durch die Stadt stärker in den Fokus gerückt wird.
- 790
 - Forschung und Entwicklung in Greifswald weiter vorangetrieben werden.
 - die lokale Kreativwirtschaft gestärkt wird.
 - die ÖPNV-Anbindung auch in Gewerbegebieten gewährleistet wird.
 - das "Outsourcing" von Tätigkeiten aus der öffentlichen Hand unterbunden wird.
- 795
 - bei der öffentlichen Beschaffung der Stadt ökologisch unbedenkliche, fair und nachhaltig produzierte beziehungsweise gehandelte Produkte bevorzugt werden.

- die Betreiber*innen von Cafés, Bistros und Restaurants es leichter haben, auf Gehsteigen und sonstigen Freiflächen Stühle und Tische aufzustellen, selbstverständlich ohne, dass dadurch andere Menschen behindert werden.